

# Gedanken zum Pfingstfest 1981

Von Professor Walter Schmithals

Der Geist, um den es am Pfingstfest geht, der Heilige Geist, ist nicht identisch mit den guten Geistern unseres Lebens.

Er kann diese guten Geister zwar in seinen Dienst nehmen, aber auch wer von allen guten Geistern verlassen ist, braucht deshalb noch nicht auf den Beistand des Heiligen Geistes zu verzichten. Andererseits gibt es sehr geistvolle Menschen, die von keinem Hauch Heiligen Geistes angeführt wurden.

Wie immer wir über den Geist unserer Zeit denken: an guten Geistern ist kein Mangel. Wo wäre jemand, der den Ungeist beschwört und die bösen Geister herbeiruft, wenn er sein Programm anbietet, seine Forderungen erhebt, seine Taten rechtfertigt? Was immer man nennen mag: Vom politischen Mord angefangen bis zur Besetzung leerstehender Häuser — geschieht nicht alles im Namen einer besseren Welt? Ginge es um die guten Geister, die überall das Beste wollen, so wäre die Welt ein Paradies. Aber sie ist kein Paradies, und viele erfahren sie als Hölle.

Es ist so wie mit den Aussteigern und Randsiedlern der Gesellschaft. Als Armut herrschte, sagte man, sie seien Opfer der Armut, und man bekämpfte die Armut. Jetzt, da Wohlstand herrscht und die Kinder der Reichen ausflüpfen, sagt man, sie seien Opfer des Wohlstands, und man strebt nach dem einfachen Leben. Guter Geist, guter Wille hier wie dort, aber nur der Geist ist willig, das Fleisch ist schwach. Das Leben hat seine eigenen Gesetze, die unser guter Geist kaum ergründen, geschweige denn aufheben kann.

Deshalb stellt sich der Heilige Geist auch unseren guten Geistern gegenüber, nicht als der beste von ihnen, sondern als ein Geist anderer Art. Von ihm heißt es, er sei nicht aus dieser Welt, sondern er komme in diese Welt. Er steht also jenseits auch des besten Geistes der Welt.

In der Tat: Es ist das Wesen des Heiligen Geistes, ohne unsere guten Absichten im mindesten zu verdächtigen, auch unser bestes Tun und Lassen unter das Gericht Gottes zu stellen. Der Heilige Geist deckt auf, daß der Ungeist dieser Welt nicht nur und nicht einmal vor allem dort am Werk ist, wo böse Geister wirken, sondern dort, wo wir auf unsere guten Geister vertrauen. Er überführt uns unserer Gottlosigkeit im Guten, unseres Wahns der Machbarkeit, unserer Werkgerechtigkeit, unseres blinden Eifers, unserer Rechthaberei.

Der Heilige Geist gibt zu verstehen: Weder der Wohlstand ist böse noch das einfache Leben, noch der Konflikt zwischen beidem, sondern die Meinung, das eine oder das andere führe in ungetrübtes Glück. Weder Abschreckung noch Pazifismus sind vom Teufel und auch nicht die Auseinandersetzung zwischen beidem, sondern die Behauptung, das eine oder das andere führe aus der Angst heraus. Weder was die Etablierten sagen noch was die Alternativen sagen, noch der Streit, was von beidem richtig sei, ist Ausdruck bösen Geistes, sondern der Anspruch, die Wahrheit sei unbedingt auf einer Seite.

Gibt es nur den menschlichen Geist, muß der Mensch sich überheben, und was er in seinem guten Drange meint und fordert, muß vom Himmel herab gesprochen sein. Gibt es aber auch den Heiligen Geist, darf selbst unser bester Geist bescheiden in seinen Schranken bleiben und sich gelassener im großen und kleinen Weltgeschehen engagieren:

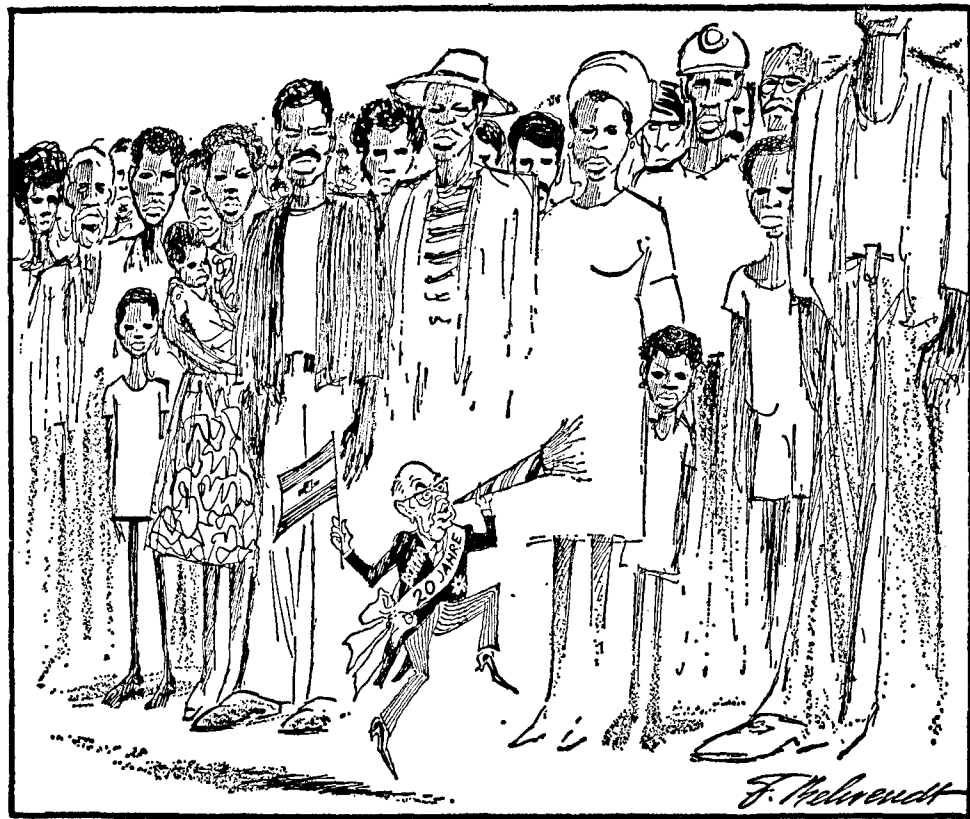
„Bist du noch nicht Regente, der alles führen soll; Gott sitzt im Regimente und führt alles wohl.“

Somit ist der Heilige Geist kein Geist menschlicher Stärke, sondern menschlicher Ohnmacht in der Kraft des Glaubens; ein befreiender Geist, der uns erlaubt, schwach zu sein in unserem Wissen und Können, aber stark in der Liebe.

Er ist ein Geist nicht des Verstandes und der Wissenschaft, sondern verständiger Weisheit, die in einem Vertrauen wurzelt, das im Grunde unseres Daseins ruht.

Er ist ein Geist nicht zuerst der tätigen Arme, geschweige denn der geballten Fäuste, sondern der gefalteten Hände. Er ist ein Geist nicht der Anklage, sondern der Geduld; nicht der Selbstgerechtigkeit, sondern der Toleranz; nicht des Eifers, sondern der Vergebung; nicht der Besserwisserei, sondern des Hörens.

Kurzum: Der Heilige Geist ist nicht unser Geist, sondern Gottes Geist, der in uns wohnen will.



20 Jahre Südafrika

Zeichnung: Behrendt

# Die Kriegsvorbereitungen sind nicht zu übersehen

Eindrücke von einer Reise durch Syrien — Der Assad-Clan kämpft ums Überleben

Von unserem Korrespondenten Damaskus, im Juni

So sehr die Grenze Syriens zu Libanon heute in der einen Richtung weit offen steht, um Tag und Nacht fast endlose Waffen- und Truppentransporte in die Hauptkampfbereiche um Zahle, am Sanningebirge und die Hauptstadt Beirut selbst anstandslos und unkontrolliert passieren zu lassen, um so zugeknöpfter geben sich die syrischen Grenzer, wenn man umgekehrt von Shtaura in der libanesischen Bekaa über den Antilibanon nach Damaskus fahren will.

Für Journalisten ist die dreifache Kontrolle durch Polizei, Zoll und Geheimdienst besonders penibel. Im konkreten Fall machten die „Geheimen“ noch nach der Visa-Erteilung neue Schwierigkeiten, und nur die religiösen Bücher im Handkoffer überzeugten sie, es mit einem harmlosen, weil frommen Autor und keinem Kriegsberichterstatter zu tun zu haben.

Kein Wunder, daß sie sich allzuviel Augenzeugen ihrer eindeutigen Kriegsvorbereitungen großen Stils vom Hals zu halten versuchen: allein zwischen der Grenze und dem Hausberg von Damaskus, dem Dschabal Kasjuni, begegneten uns an die zwanzig nur spärlich verhüllte „Sam“-Raketen auf ihren schweren Lastwagen. Das paßt ganz in die Berichte, daß Syrien seine Raketenpräsenz in Libanon von ursprünglich einem halben Dutzend „Sam 6“ auf insgesamt 140 sowjetische Luftabwehrraketen der verschiedenen „Sam“-Typen verstärkt hat.

Das syrische Regime der Brüder Hafes und Rifaat Al-Assad mit Kriegsminister Mustafa Tlass und Vizepremier Abdel Chalim Chaddam als treuesten Schildknappen führt aber nicht nur in Libanon Krieg gegen die dortigen Christen, sondern kämpft vor allem im eigenen Land gegen das eigene Volk. Die vom zwischenzeitlichen Machthaber Rifaat Al-Assad aufgestellten „Sturmdivisionen“ im bunte-scheckigen Kommandodreß haben den Finger sofort am Drücker ihrer russischen Maschinenpistolen, wenn sich nur irgendwo in Damaskus mehr als fünf Leute zusammenstellen oder ein wenig die Stimmen erheben. Die auf fast 100 000 Mann aufgestockte Geheimpolizei ist mit ihren Bauchschieß-, Handgranaten- und Foltermethoden noch weniger zimperlich, wenn es gilt, in ihren Kellern in der Scheriffstraße echte oder vermeintliche Staatseinde möglichst schmerzvoll ins Jenseits zu beordern.

So sind die Assads zwar der Unruhen der letzten beiden Jahre Herr geworden, doch nur um den Preis eines ausgesprochenen Regiments der Einschüchterung und Todesangst. Die überwältigende Bevölkerungsmehrheit steht gegen die Regierung und ihre an die 30 000 sowjetischen und ostdeutschen „Bera-

ter“. So kann sich die herrschende sozialistische Baath-Partei nur auf die Minderheiten der schiitischen Alawiten — aus denen der Assad-Clan stammt — und paradoxerweise hier in Syrien auf dieselben Christen stützen, denen es in Libanon mit Granaten und Raketen auf den Leib rückt.

Bei den Panzersperren, Artilleriestellungen, und Postenketten, angesichts der für Zivilisten gesperrten Spitäler und der in braune Uniformen gesteckten Studentinnen der Universität von Damaskus weiß man nie recht, ob es sich dabei um Verteidigungsmaßnahmen für einen israelischen Gegenschlag im syrischen Hinterland wegen der Raketen-Provokation auf libanesischem Boden oder einfach um innere Sicherheitsmaßnahmen handelt.

Durch die Raketen-Krise ist das syrische Regime zwar nicht beliebter, doch eindeutig wieder weniger isoliert und sogar fast angese-

hen geworden. Während Präsident Sadat von Ägypten durch sein Treffen mit Begin auf dem Sinai in Sachen Libanon aufs Neue tief in die gesamtarabische Isolierung hineingerät, hat Assad, dem die Saudis eben erst die Zahlungen für seine „Friedenstruppe“ in Libanon gestrichen hatten, heute wieder alle arabischen Öl- wie auch natürlich die Linksstaaten einträchtig hinter seinem Kurs versammelt. Auch haben das unverkennbare israelische Zögern mit einem ernsthaften Eingreifen in Libanon nach dem Vorbild von 1978 und das deutliche amerikanische Liebeswerben von Reagan, Haig und Philipp Habib um Syrer und Palästinenser dem Prestige von Damaskus unerhörten, wenn auch unverdienten Auftrieb gegeben, der sich jetzt international in einem immer breiteren Rückhalt für die sowjetisch geförderte Libanon-Konferenz bemerkbar macht.

Heinz Gstrein

# Zusammenarbeit und Handelsfragen

Japans Regierungschef nach Europa — Treffen mit dem Bundeskanzler

Von unserem Korrespondenten Tokio, im Juni

Ministerpräsident Suzuki trifft am Mittwoch mit Bundeskanzler Schmidt in Hamburg zusammen. Suzukis erste Europareise als Regierungschef führt ihn am Donnerstag nach Rom und dann weiter in einer insgesamt sieben-tägigen Rundreise nach Brüssel, London, Den Haag und Paris. Seine wichtigsten politischen Anliegen dabei gelten der Zusammenarbeit zwischen Japan, Europa und den USA zur Friedenserhaltung im allgemeinen und der Abriegelung der europäischen Tendenzen zu Handelsrestriktionen gegen japanische Produkte sowie dem Gedankenaustausch über eine flexiblere Handhabung der von Japan relativ streng eingehaltenen Wirtschaftssanktionen gegen die UdSSR anlässlich des Afghanistan-Konflikts im besonderen. Suzuki wird von Außenminister Sonoda und knapp zwei Dutzend Delegationsmitgliedern begleitet.

Für die europäischen Politiker, die mit Suzuki zusammentreffen, ist es nützlich, sich daran zu erinnern, daß der japanische Regierungschef nur der kleinste gemeinsame Nenner ist, auf den sich die zerstrittenen Hausmächte seiner liberaldemokratischen Regierungspartei (LDP) einigen konnten nach dem plötzlichen Tod von Ministerpräsident Ohira im vergangenen Jahr. Diese Qualifikation hat den Vorteil, daß die Regierung in Tokio immer noch relativ stabil ist, trotz der diplomatischen Fehlleistungen Suzukis im Zusammenhang mit seinem kürzlichen Besuch in Washington. Sie hat aber den Nachteil, daß der altgediente Fischerei-Lobbyist Suzuki der farb-

loseste und unselbständigste unter allen schwachen japanischen Regierungschefs seit Miki und Ohira ist. Seine diplomatische Ungeübtheit demonstrierte er, als er praktisch bestritt, daß die im gemeinsamen Kommuniqué von Washington festgeschriebene Bereitschaft Japans zu erhöhten Verteidigungsanstrengungen, tatsächlich eine erhöhte militärische Verpflichtung für Japan bedeutet. Wegen dieser Vernebelungstaktik war sein bisheriger Außenminister Ikeda zurückgetreten.

Dazu möchte Suzuki auch in Europa klar zum Ausdruck bringen, daß Japan zwar willens ist, in verstärktem Maße zur Friedenserhaltung beizutragen. Dieser Beitrag könne aber auf keinen Fall militärisch geleistet werden. Vielmehr will sich Japan dabei auf die Diplomatie, die Entwicklungshilfe und die Gesellschaftspolitik stützen. Suzuki wird darauf verweisen, daß Japans Verfassung nur „Selbstverteidigungsstreitkräfte“ zuläßt, und daß Japans „Prinzip der drei nuklearen Enthaltungen“, nämlich Atomwaffen im Lande weder zu produzieren noch zu lagern oder nur hereinzuführen, das Ausmaß der Rüstung einschränkt.

Dieser schöne Pazifismus ist freilich ebenfalls durch Suzukis Vernebelungstaktik in ein schiefes Licht geraten. Sogleich nach dem Rücktritt des Außenministers spielte die Presse Äußerungen amerikanischer Politiker hoch, wonach Japans Prinzip der nuklearen Enthaltungen seit Jahren durchlöchert wurde, weil atomar bewaffnete amerikanische Kriegsschiffe regelmäßig in japanischen Häfen festzumachen pflegen, und auf US-Stützpunkten in Japan Atomwaffen gelagert werden. Obgleich dies für jeden, der es bisher wissen wollte, seit langem bekannt ist, wurde es amtlich noch nie zugegeben. Auch Suzuki, beziehungsweise seine Berater, konnten sich angesichts des immer noch tobenden öffentlichen Protests über das jüngste Einlaufen des atomar bewaffneten Flugzeugträgers „Midway“ in einen Hafen bei Tokio nicht ermannen, ihren amerikanischen Bündnispartnern endlich offiziell zu gestatten, was sie inoffiziell schon immer getan haben.

Vor diesem Hintergrund sind Suzukis Berater von Angstvisionen verfolgt, ihm könnten ähnliche Ausrutscher wie nach dem US-Gipfel auch in Europa zustoßen. Peter Crome



Japans Premierminister Suzuki

# Auch Österreichs Staatskassen sind leer

Steigende Verschuldung und Soziallasten — Harte Kritik der Industrie an der Regierung

Von unserem Korrespondenten Wien, im Juni

Nichts hätte augenfälliger beweisen können, wie schlecht das Wirtschaftsklima derzeit ist: wie schon des öfteren, so hatte die Regierung auch in diesem Jahr mit einer Staatsanleihe kommen wollen (Volumen drei Milliarden Schilling, Verzinsung zehn Prozent), um ihr durchlöcherteres Budget von dieser Seite her ein wenig abzustützen.

Doch schon von allem Anfang an war Skepsis auf dem Kapitalmarkt aufgetaucht; man hatte angezweifelt, daß das Publikumsinteresse reichen und daß der Staat den potentiellen Gläubigern ausreichend Garantie sein würde. Die Zeichnung war denn auch von drei Milliarden Schilling auf nur mehr eine abgepegelt worden.

## Bankkredit statt Anleihe

Zwei Tage vor der Öffnung aber hatte der Kontrollbankchef das Unternehmen gänzlich platzen lassen. Anleihen, hatte er die Weigerung des Bankenapparats begründet, erfüllen bei der derzeit fast perversen Zinsstruktur kaum mehr Beachtung, Resonanz; sie müßten scheitern. Man würde daher dem verarmten Staat mit einem marktgerecht verzinsten Bankkredit zu Hilfe kommen.

Und so geschieht's denn auch. Die drei Milliarden Schilling stellt der Kapitalmarkt zur Verfügung, wobei indes bedenklich ist, daß man auch außerdem die Notenpresse rennen läßt und den vorhandenen Geldumlauf erhöht. Seit 1. Juni gibt es eine Zweitaufgabe für die „Hunderter“, die Erstaufgabe aber zirkuliert auch weiterhin.

Das heißt, der Staat ist — zugegeben — in Bedrängnis und der Finanzminister weiß nicht mehr, wie er den Haushalt finanzieren soll. Sprunghaft sind nicht allein die Schulden angestiegen (von 50,2 Milliarden Schilling 1972 auf immerhin 286,3), auch die Sozialausgaben lassen sich kaum mehr bestreiten. Die Krankenversicherung etwa (ein Beispiel von vielen) macht nicht nur mehr 12,2 Milliarden aus sondern 40 und mehr.

## Wahlgerechte Steuersenkung

Für all das hat man bisher jenen Topf geplündert, der für die Arbeitslosen vorgesehen war (auch ihre Zahl steigt unentwegt, wenngleich sie mit knapp drei Prozent weit unter dem Niveau des Westens liegt). Hat die Reserve noch vor sieben Jahren 1,8 Milliarden Schilling ausgemacht, so sind es heute nur 587 dürftige Millionen. Dabei will man partout und ausgerechnet jetzt, genau gesagt, ab Anfang nächsten Jahres, — die SPO-Regierung denkt halt an die Wahlen —, zu einer, wenn auch minimalen Steuersenkung kommen. Das dürfte nur bei neuer Schuldenlast realisierbar sein.

Hart geht deshalb die Industrie mit der Regierung ins Gesicht. In ihrer Zeitschrift jedenfalls, die im politischen Bereich Gewicht und Geltung hat, erklärt sie klipp und klar: „Der Staat, das ist heute das Lehen der Machthaber. Parteiinteressen gehen vor Staatsinteressen, und die vielbeschworene Demokratie bleibt auf der Strecke. Das konnte nur deshalb soweit kommen, weil eben die sozialistische Tradition hierzulande stark autoritäre, ja antidemokratische Züge trägt.“

So sehr das auch polemisch oder aggressiv sein mag, und auch in Anbetracht des Umstandes, daß dergleichen bisher nie zu lesen war; daß die Bevölkerung unsicher ist und nicht mehr unbedingt der SPO vertraut, steht derzeit außer Frage, zumal auch die Skandale, die vor allem sie belasten, vornehmlich die brutal vom Tisch gefegte „AKH“-Affäre, nicht nur Prestigeverlust für die Regierung eingetragen, sondern auch die Anteilnahme am politischen Geschehen überhaupt vermindert haben. Das ist das eigentlich Bedenklische, wenn nicht Gefährliche.

Verdrossenheit und Apathie, Ratlosigkeit und Trotz — auch in der SPO — beherrschen derzeit Stimmung und Tendenzen. Nicht weniger als 56,5 Prozent der jüngst bei einem Meinungstest befragten Österreicher erklärten unumwunden, daß sie sich für Politik entweder gar nicht oder nur sehr mäßig interessieren, und rund ein Viertel wollte überhaupt nichts von Parteien wissen. Zwei von fünf Österreicherin sind auch deshalb nicht bereit, sich einen Widerstand womöglich gegen Ostblocktruppen vorzustellen.

## Viel zu reparieren

Wenn schon, so soll auch offenbar die Eigenstaatlichkeit zum Teufel gehen. Das eine, wie es scheint, bewirkt das andere, das Innere das Äußere. Hier werden Kreisky und die SPO noch viel zu reparieren haben — nicht nur den Staatshaushalt —, bevor sie damit rechnen dürfen, im nächsten oder übernächsten Jahr (wohl eher doch im nächsten) erneut die absolute Mehrheit einzuhandeln. Und, wo nicht das, zumindest mit der FPÖ ein Bündnis einzugehen. Im Augenblick ist viel an Problematik zu bewältigen. Herbert Lucht

# Politik und Geschichte in Polen

Rückbesinnung auf die Grundwerte der Vergangenheit

Von unserem Mitarbeiter

Die Kenntnis der Geschichte hilft der Selbsterkenntnis des Menschen. Der Pole von heute kann nur mit Hilfe der Geschichte seine eigenen Wurzeln erkennen. Durch sie und nur durch sie sind die Verbindungen zwischen den verschiedenen Generationen der Polen erkennbar. Deshalb ist es überaus wichtig bei den Versuchen, die heutigen Erscheinungen zu begreifen, den Dialog mit der Vergangenheit zu führen. Er muß beständig sein. Die Kenntnis von dem Ursprung der Prozesse erlaubt besser, unsere Identität, deren Vorzüge und Nachteile, positive Werte und Gefahren zu ergründen und in den politischen Handlungen klügere und vernünftigeren Entscheidungen zu treffen.“

Diese Sätze sprach das Staatsoberhaupt Polens, Professor Henryk Jablonski, der einst zu der Zunft der Historiker gehörte. Anlaß dazu war der 190. Jahrestag der polnischen liberalen Verfassung vom 3. Mai 1791, des ersten freiheitlichen Grundgesetzes in Europa. Dieses Werk des modernen politischen Denkens, das kurz nach der Französischen Revolution und der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten entstand, wurde von jungen Politikern geschaffen, die fest entschlossen waren, Polen gründlich zu reformieren. Das Land befand sich zuvor in einer prekären Situation. Der Standesegoismus der selbstherrlichen Ma-

gnaten brachte Polen an den Rand des Abgrunds. Alle Sanierungsversuche scheiterten an jenen Adelsfamilien, die den polnischen Parlamentarismus zu einer Karikatur denaturiert hatten. Jeder im Dienst irgendeiner mächtigen Lobby stehende Sejm-Abgeordnete konnte durch sein Veto die Gesetzgebung blockieren. Die drei mächtigen absolutistischen Nachbarmächte: Rußland, Preußen und Österreich, haben diese Ohnmacht des polnischen Reiches durch eine Kombination von Druck, List und Intrigen 1772 zu der ersten Teilung Polens ausgenutzt. Katharina II., die in Stettin geborene Prinzessin von Anhalt-Zerbst, verstand es als Zarin, sich an die Spitze des russischen Expansionismus zu stellen, wie dies etliche Zeit danach der Georgier Dschugaschwilli-Stalin tun wird. Von ihr stammte der zynische Ausdruck, Polen sei ein Land, in dem man sich nur bücken müßte, um etwas aufzuheben. Durch diese erste fremde Intervention verlor Polen 214 000 Quadratkilometer des Territoriums. Aber es war noch immer ein großes Land von fast 540 000 Quadratkilometer. Doch Rußland sicherte sich durch seine ultimative Politik einen Sonderstatus ähnlich einem Protektorat, den man nach heutigen Begriffen mit der ersten Variante der Breschnew-Doktrin von der „beschränkten Souveränität“ vergleichen kann.

Die jungen Patrioten entschlossen sich, durch eine Staatsreform das Land aus der Krise herauszuführen und den fremden Einfluß auszumeren. Nur ein Teil von ihnen war von den französischen revolutionären Ideen besetzt und hätte nach diesem Vorbild die Monarchie beseitigt. Aber die besonnenen Reformpolitiker gewannen die Oberhand und sie schufen am 3. Mai 1791 auf legale Weise mit Zustimmung des Parlaments jenes Grundgesetz, in dem der König als ein Teil der Staatsmacht neben den Ministern und dem Sejm (Parlament) blieb, aber sich mit einer Rolle begnügen sollte wie etwa die Monarchen in Großbritannien oder in Skandinavien. Heute würde man sagen, er sei Präsident einer Republik geworden.

## Der Weg des Kompromisses

Die Dreiteilung der Macht enthielt neue Grundzüge. Sie annullierte die anarchischen Zustände, gab dem Parlament eine neue Funktion. Seitdem sollten die Gesetze mit einfacher Mehrheit verabschiedet werden und die Minister sollten fortan nicht vom König, sondern von der parlamentarischen Mehrheit abhängig sein. Genauso wichtig war die Gleichberechtigung des Bürgertums mit dem Adel. Die Patriotische Partei hat damit im Unterschied zu den konservativen Kräften, die mit Rußland und Preußen liebäugelten, und zu den polnischen Jakobinern, die die Französische Revolution kopieren wollten, den Weg eines realen Kompromisses gewählt und durchgesetzt.

Den Revolutionären in Paris war es vielleicht nicht angenehm, aber sie waren mit ihren inneren Fragen voll beschäftigt. In London fand diese polnische Reform ein positives Echo. Man sprach dort von einer milden und klugen Revolution im Unterschied zu derjenigen in Frankreich. Aber Katharina II. in St. Petersburg sah in dieser polnischen Verfassung die „französische Pest“.

Alle diese Aspekte wurden in zahlreichen Betrachtungen dem heutigen Publikum in Erinnerung gebracht. Zur Verteidigung des durch die Nachbarstaaten zerstörten Reformwerkes wurden auch Äußerungen der beiden „Heiligen“ der herrschenden Doktrin, Marx und Engels, ausgiebig zitiert. Diese haben in der Tat die polnische Verfassung von 1791 mehrmals gewürdigt. Engels sah darin ein großes fortschrittliches Werk in der Geschichte Europas und Karl Marx schrieb, wenn nicht die russische und preussische Barbarei die polnischen Reformen zerstört hätte, wäre östlich des Rheins das modernste politische System entstanden.

## Beitrag zur nationalen Identität

Doch den Politikern, Gelehrten, Priestern und Journalisten, die je nach ihrer Fassung den 190. Jahrestag der Reform darstellten, ging es nicht nur darum, die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte wettzumachen. Sicherlich bedeutet die Korrektur des Geschichtsbildes einen wichtigen Beitrag im Sinne der Wiederherstellung einer nahtlosen historischen Kontinuität und nationalen Identität in der polnischen Republik. Aber es geht auch darum, daß die heutigen politischen Reformen nicht im luftleeren Raum stehen sollen. Man will sie ebenfalls in den großen Strom der Geschichte der Aufklärung und des Fortschritts einreihen.

Alle relevanten politischen Kräfte haben diese Tendenz aufgegriffen: politische Parteien, Gewerkschaften, Kirche, Studentenverbände, Presse und Fernsehen. Auf diese Weise ist auch die heutige politische Kultur Polens bereichert worden. Die Reformkräfte, besonders diejenigen an der Arbeiterbasis, haben durch diese Feierlichkeiten einen Ansporn bekommen. Sie fühlen sich als Nachfahren der Reformatoren von damals.

Dieser Rückbesinnungsprozess ist auch auf anderen Gebieten, vor allem in der Zeitgeschichte spürbar. Aber die Rekonstruktion des Geschichtsbildes, in dem die 3. Mai-Verfassung zu neuen Ehren kommt, hat auch einen aktuellen Bezug. Die ganze Nation erfuhr aus dem Mund der Historiker und der Publizisten, daß die damaligen Reformen nur durch den nationalen Verrat einer kleinen Clique der Magnaten verhindert worden sind. Um ihre privilegierte Stellung nicht zu verlieren, baten sie die Zarin Katharina um „Bruderhilfe“. Die preussischen Truppen haben dann durch ihren Einmarsch das Schicksal des polnischen Liberalismus besiegelt. Solche und ähnliche Hinweise haben im Hinblick auf die heutige Situation eine doppelte Funktion.

Einerseits warnt man die breiten Massen davor, daß sich eventuell auch jetzt ein Häuflein von Politikern finden könnte, von dem Ähnliches zu erwarten wäre. Das hat einen mobilisierenden Effekt und soll die Entstehung einer solchen Gruppierung von vornherein verhindern. Zugleich ist es eine Warnung an diejenigen, die vielleicht noch immer an die „Bruderhilfe“ aus den drei Nachbarländern denken. In vielen Rückbetrachtungen hat man auch daran erinnert, daß die polnischen Jakobiner nach der russischen und preussischen Intervention die prominenten Vertreter unter den Magnaten und Bischöfen in Warschau und in Wilna henkten.

Alexander Korab